

Wahlsieger Joe Biden und Kamala Harris



# Was die USA jetzt brauchen

Was das tief gespaltene Land unternehmen kann, damit der **amerikanische Traum** am Leben bleibt

ANALYSE: CHRISTOPH HOFINGER

**N**ovember 2000, Washington, DC: Ich war zu einer Konferenz in die US-Hauptstadt gereist, die den Ausgang der Präsidentschaftswahl analysieren sollte. Problem nur: Es stand noch nicht fest, ob George Bush oder Al Gore gewonnen hatte, es gab keinen Wahlausgang zu debattieren. Um das Publikum bei Laune zu halten, wurde Frank Luntz eingeflogen. Der republikanische Berater lieferte auf dem Podium ein pointiertes Duell mit seinem demokratischen Gegenüber, und ich konnte meine Bewunderung für Luntz' geschliffene Rhetorik nicht verhehlen.

Luntz hat in seiner Karriere mehr bewirkt, als ein paar Konferenzgäste zu unterhalten. In den 1990er-Jahren war er verantwortlich für die Sprache des „Contract with America“, des von Newt Gingrich initiierten konservativen Grundsatzprogramms. Luntz hat bildlich gesprochen dafür gesorgt, dass das politische Menü der Republikaner bei jedem Bissen nach ihrer Weltanschauung schmeckt. Er machte aus „global warming“ (Erderwärmung) den harmloser klingenden „climate change“ (Klimawandel). Und aus der „estate tax“ genannten Erbschaftssteuer die „death tax“, die die republikanische Weltsicht in acht Buchstaben raffiniert auf den Punkt bringt: Im Moment des Todes, also völliger Hilflosigkeit, holt sich der ohnehin zu große Staat noch schnell als Leichenfledderer, was er kriegen kann.

Nach einem guten Jahrzehnt Schockstarre fanden die Demokraten mit intellektueller Schützenhilfe von Framing-Experten wie George Lakoff unter Barack Obama ihren rhetorischen Meister: Er ist bis heute ein strahlendes Vorbild, wenn es darum geht, progressive Weltanschauung sprachlich auf den Punkt zu bringen. Republikaner und Demokraten haben – aus ihrer Sicht

rational – ihr jeweiliges Framing weiterentwickelt und verfeinert. Der bedauerliche Effekt: Es gibt fast keine gemeinsame Sprache mehr. Computerprogramme können mittlerweile bei fast neun von zehn der Reden im US-Kongress anhand des verwendeten Vokabulars errechnen, ob sie von einem Demokraten oder Republikaner stammen. Diese Algorithmen scheitern kläglich an den Reden der frühen 1990er-Jahre, in denen es noch nicht getrennte „rote“ und „blaue“ Sprachwelten gab.

Aber das Auseinanderleben geht natürlich über die Sprache hinaus: In der Vergangenheit wurden wichtige Reformen noch gemeinsam „across the aisle“ – über den politischen Mittelgang hinweg – beschlossen. So erreichten beispielsweise in den 1960ern der Civil Rights Act und Medicare im Repräsentantenhaus eine Mehrheit bei beiden Fraktionen. Heute sind solche gemeinsamen Kraftakte unvorstellbar: Obamas Gesundheitsreform erhielt keine einzige republikanische, Trumps Steuerreform keine einzige demokratische Stimme.

Diese „tribal politics“, also eine Polarisierung zwischen zwei verfeindeten „Stämmen“, wie sie mittlerweile oft genannt werden, sind im Jahr 2020 auch in der Wählerschaft sichtbar: In den 1980er-Jahren empfanden republikanische und demokratische Wähler die jeweils andere Partei noch fast zur Hälfte als „favorable and warm“ – diese positiven Gefühle gegenüber der anderen Seite sind heute fast komplett erkaltet. Ein gutes Fünftel der Amerikaner berichtet, mit einem Freund oder einem Verwandten wegen politischer Differenzen nicht mehr zu reden, auch hier Tendenz stark steigend. Und eine wachsende Anzahl gibt an, sie wären unglücklich, wenn ihre Kinder jemanden aus dem anderen politischen Lager heiraten würden.

Die USA – und auch der Großteil der restlichen Welt – können sich mit dieser tiefgreifenden Spaltung nicht schulterzuckend abfinden. Sie bringt die wichtigste Demokratie nahe an eine vollständige Lähmung – und womöglich irgendwann auch nah an den Abgrund bürgerkriegsähnlicher Zustände. Was ist zu tun?

## Das Duopol aufbrechen

Bei allem tiefgreifenden Misstrauen, ja Hass, den die Republikaner und Demokraten füreinander empfinden, sind sie in einem Punkt vollkommen einig: Sie tun alles, damit das politische System der USA keiner dritten politischen Kraft Raum gibt, also ein Duopol bleibt. Der milliardenschwere Wählermarkt ist kein echter Markt, sondern Geisel eines politischen Zweierkartells.

Das so auf zwei Wahlmöglichkeiten limitierte Angebot hat den Effekt, dass die „Kundenzufriedenheit“ des US-amerikanischen Souveräns auf historische Tiefstände gesunken ist: Die Demokratie wird schlechter beurteilt als in den meisten anderen westlichen Ländern, nur mehr rund 20 Prozent trauen der nationalen Regierung.

Es gibt genug gute Vorschläge, dieses System zu überwinden. Katherine Gehl und Michael Porter nennen in ihrem heuer erschienenen Buch „The Politics Industry“ etwa: Die Primaries, in denen die Parteien ihre Kandidatinnen und Kandidaten auswählen, sollten für Anhänger beider Parteien offen sein. „Gerrymandering“, also das parteipolitisch motivierte Einteilen der Wahlbezirke in teils absurde Gebiete, muss aufhören.

Und: Statt der Möglichkeit, nur eine Stimme abzugeben, sollte den Wählerinnen und Wählern „ranked choice voting“ (RCV) gestattet sein: also die Möglichkeit, eine erste, zweite Präferenz etc. – bis z.B. einer fünften – anzugeben. In den USA gibt es bereits einen prominenten Anwendungsfall: Die Oscar-Gewinner werden mit einem solchen Verfahren ermittelt.

Wie schnell das ein Duopol aufbrechen kann, haben die Wiener Grünen in ihrer jüngsten Listenwahl erlebt: Die Nummer eins auf der Landesliste schien eine ausgemachte Sache zwischen dem Ellensohn und dem Kraus-Lager, aber RCV ebnete im Endeffekt den Weg für die dritte Kandidatin, Birgit Hebein. Dieses System ist, wie das Beispiel der Wiener Grünen zeigt, nicht ohne Tücken, aber allfälligen Duopolen macht es verlässlich den Garaus.

## Die „minority rule“ beenden

Trump hatte 2016 fast drei Millionen Stimmen weniger als Hillary Clinton und wurde Präsident. 2020 war klar: Erst ein Vorsprung von fünf bis sechs Prozentpunkten garantiert Biden einen Sieg im Electoral College, bei Gleichstand der Stimmen verliert der demokratische Kandidat mit Sicherheit. Das ist die „minority rule“, die Herrschaft der Minderheit: Die Republikaner dominieren heute über weite Strecken die US-Politik, ohne dafür Stimmenmehrheiten zu brauchen.

Sie reicht weit über die Präsidentschaftswahlen hinaus: Im US-Senat saßen in der letzten Periode 53 republikanische Senatoren, die in Summe weniger Stimmen erhalten hatten als die 47 demokratischen. So entspricht nun auch der vom Senat bestimmte Supreme Court mit seinem neuerdings deutlich konservativen Übergewicht nicht mehr den Mehrheitsansichten der amerikanischen Bevölkerung.



**Der milliardenschwere Wählermarkt ist kein echter Markt, sondern Geisel eines politischen Zweierkartells**

Ein System einzuführen, das dünn besiedelte, ländliche Gebiete bevorzugt, war vor rund 250 Jahren eine vernünftige Idee. Heute ist es ein Klotz am Bein der US-Demokratie. Es führt bei den Republikanern dazu, dass sie den Rechts-außen-Kräften in ihrer Partei nicht sagen müssen: „So radikal dürfen wir nicht auftreten, weil wir sonst die Mitte vergraulen.“ Denn in der „minority rule“ können die Republikaner auch Wahlen gewinnen, wenn sie Teile der politischen Mitte vergraulen.

Die Radikalisierung der Republikaner unter dem chauvinistischen Autokraten Donald Trump steht in starkem Kontrast zu den Trends in der amerikanischen Gesellschaft. Die Anhänger der Republikaner sind zwar im politischen Spektrum etwa gleich rechts zu verorten wie früher, jedoch sind demokratische Wähler in den letzten Jahrzehnten deutlich nach links gerückt – vor allem bei gesellschaftspolitischen Fragen wie Ehe für alle, Kampf gegen Rassismus, aber auch ökologischen Fragen. Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez stoßen auch in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eine Linksdrift an. Im vergangenen Jahr beklagte die konservative Reagan Foundation beinahe fassungslos, dass mittlerweile für 60 Prozent der jungen Amerikaner das Wort „Sozialismus“ positiv besetzt ist.

Die politische Mitte der USA ist in Summe deutlich weiter links als früher. Für diese Gesellschaft war ein Präsident Trump die vom mächtigen Arm der „minority rule“ geführte Faust aufs Auge.

Wie ließe sich das ändern? Die Amerikaner hängen an ihrer Verfassung, aber selbst im Electoral-College-System wäre es möglich, die tatsächliche Stimmenmehrheit



**Durch Rassismus bedingte Diskriminierung steckt noch immer tief in den Knochen der amerikanischen Gesellschaft**

**Christoph Hofinger** leitet gemeinsam mit Günther Ogris das Sora-Institut, das sich u.a. mit der Vorhersage und Analysen von Wahlen beschäftigt. Er lebt seit fast 25 Jahren in einem amerikanisch-österreichischen Haushalt

abzubilden. So haben sich mittlerweile 16 Bundesstaaten der „NPVIC Initiative“ angeschlossen. Diese würde die Wahlmänner und -frauen ihres Bundesstaates dazu verpflichten, demjenigen Kandidaten ihre Stimme zu geben, der USA-weit die Stimmenmehrheit hat.

Steven Levitsky, Autor von „How Democracies Die“, verwies kürzlich in der *New York Times* darauf, dass die demokratischen Anhänger deutlich seltener ins Wählerregister aufgenommen werden – so wird „minority rule“ durch systematischen Ausschluss bestimmter Wählergruppen gestützt. Das Repräsentantenhaus hat ein Bündel konkreter Maßnahmen vorgelegt, die Abhilfe schaffen würden – aber der republikanisch dominierte Senat hat sie bislang blockiert.

### Rassismus überwinden

Ronald Reagan, Pionier konservativer Rhetorik, zeigte mit dem Finger auf die „welfare queens“ und diskreditierte so alleinerziehende afroamerikanische Mütter, die nur mit Sozialtransfers über die Runden kamen. Doch um sie ging es nicht wirklich, sie waren Mittel zum ideologischen Zweck. Die Republikaner scheuen den Ausbau von Solidarsystemen, und ihre schärfste Waffe ist die Angst, ein solches würde von den Schwarzen in der Bevölkerung ausgenutzt werden. Wenn Ihnen ein US-Bürger sagt: „Jeder soll selbst für seine Arztrechnungen aufkommen“, können Sie es in vielen Fällen mit „Ich will nicht für Schwarze einzahlen“ übersetzen.

Durch Rassismus bedingte Diskriminierung steckt noch immer tief in den Knochen der amerikanischen Gesellschaft. Die Zeiten der Sklaverei und der Segregation

wirken bis heute in jeden Lebensbereich hinein. Das ist natürlich in erster Linie für African Americans belastend. Im Endeffekt führt es jedoch dazu, dass auch den Weißen eine universelle Krankenversicherung, zivilisierte Arbeitsregelungen oder ein konsequenter Kampf gegen Obdachlosigkeit verwehrt bleiben. Hier stehen die Zeichen möglicherweise auf Veränderung: Die Black-Lives-Matter-Demonstrationen des heurigen Jahres waren – und das in Zeiten von Corona – die zahlenmäßig größte Protestbewegung in der Geschichte der USA. Auch weil ein noch nie da gewesener Anteil von Nichtschwarzen sich für ein Ende der Diskriminierung einsetzt.

Hier wirken verstörende Bilder wie die grausame Ermordung George Floyds durch die Polizei in Minneapolis mit einem bereits seit längerem zu beobachtenden Sinneswandel zusammen: 44 Prozent aller Amerikaner sagen laut dem Pew Research Center, dass das Leben in den USA für Schwarze schwieriger als für Weiße ist, neun Prozent mehr als vor vier Jahren.

Selbst wenn die Mehrheiten für echte Gleichstellung weiter anwachsen sollten, wird es noch lange brauchen, um die Folgen von mehr als 200 Jahren Diskriminierung halbwegs aufzuarbeiten. Grundlage dafür wäre, dass sich die USA ihrer Geschichte stellen, denn der Aufstieg Amerikas basiert nicht nur, aber doch zu einem substanziellen Teil auf Unrecht gegenüber den Ureinwohnern und dem System der Sklaverei.

Unter all den Aufgaben, die die USA vor sich haben, ist die Überwindung des rassistischen Erbes die umfassendste und, für eine derart gesplante Gesellschaft, herausforderndste. Aber sich ihr ernsthaft zu stellen würde sich mit Sicherheit lohnen. **F**

**Wenn schon Auto, dann geteilt.**

**#so gut fährt Wien**

**WienMobil Auto**

**E-Carsharing ab EUR 6,50 pro Stunde**

**wienerlinien.at/wienmobilauto**

**WienMobil**  
Ein Service der Wiener Linien.